

Fortsetzung von Seite 1

## Wer hilft den Helfenden?

die ganze Familie. Darüber waren sich die Teilnehmer/-innen einig. Seitens der Gesundheits- und So-

Pflegenden. SoVD-Präsident Adolf Bauer, der wegen anderer dringender Verpflichtungen an der Tagung

angebote wie Pflegenotrufe und Gesprächskreise geben.



Die Fachtagung des SoVD war gut besucht. Unter den interessierten Zuhörern/-innen war auch Inge Jefimov, Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes Hamburg (vorne li.).

zialdienste müssten für die betroffenen Familien in weitaus höherem Maße spezifische Hilfe und Beratung angeboten werden. Pflegende Angehörige brauchen dabei vor allem Gesprächsangebote sowie unbürokratische und flexible Alltagshilfen.

Weil Menschen, die Angehörige pflegen, aufgrund der physischen und psychischen Anforderungen über kurz oder lang an ihre Grenzen stoßen, müssen Beratungsleistungen darauf abzielen, körperliche und seelische Belastungen zu verringern. Dazu berichtete Dr. Sabine Metzling-Blau aus ihrer Erfahrung: „Vielen Familien fehlt angemessene Unterstützung von außen, oft fehlt ihnen auch das Wissen um bestehende Hilfsangebote. Professionelle Beratung – vor allem aus einer Hand findet unzureichend statt.“

Die Forderungen nach einer Weiterentwicklung in der Pflegepolitik wird der Sozialverband Deutschland im Rahmen eines Katalogs zusammenfassen und an die Öffentlichkeit bringen. Wesentliches Ziel ist dabei eine Qualitätsverbesserung im Sinne der Pflegebedürftigen und der

nicht teilnehmen konnte, aber herzliche Grußworte übermitteln ließ, fordert unter anderem, Kinder und minderjährige Jugendliche stärker vor Überlastung durch Pflege zu schützen. Um Pflegende vor Überforderung, Vereinsamung und Isolation zu schützen, müsse es vor allem flächendeckend Einrichtungen niedrigschwelliger Unterstützungs-



Edda Schliepack hatte in ihrer Funktion als Sprecherin der Frauen im SoVD zu der Fachtagung eingeladen.

### Pflegezeit – Haben Sie schon Erfahrungen gesammelt?

*Eine wichtige Neuregelung für Berufstätige, die sich um die Pflege Angehöriger kümmern, ist der seit dem 1. Juli diesen Jahres geltende Rechtsanspruch auf eine Pflegezeit, dessen Gesetzesentwurf maßgeblich vom SoVD mitgestaltet wurde. Die Pflegezeit schafft für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erstmals die Möglichkeit, sich für die Pflege von Angehörigen bis zu sechs Monaten von der Arbeit freistellen zu lassen oder der Arbeit bis zu zehn Tagen fern zu bleiben. Wer die Pflegezeit in Anspruch nehmen*

*will, braucht hierfür nicht mehr die Zustimmung des Arbeitgebers. Dadurch soll die Möglichkeit eröffnet werden, pflegebedürftige nahe Angehörige in häuslicher Umgebung zu pflegen und die Vereinbarkeit von Beruf und familiärer Pflege zu verbessern. Als Sozialverband Deutschland, der den Einsatz für eine würdevolle Pflege und Unterstützung pflegender Angehöriger als eine seiner wichtigsten Aufgaben versteht, möchten wir von unseren Mitgliedern wissen:*

- Haben Sie bereits Erfahrungen mit der Beantragung von Pflegezeit gemacht?
- Haben Sie eventuell Gebrauch machen müssen von der zehntägigen Freistellung?
- Ziehen Sie eine Pflegezeit in Erwägung?

*Teilen Sie uns Ihre Erfahrungen mit, damit wir uns weiterhin stark machen können für die Belange von Pflegebedürftigen und Pflegenden. Bitte richten Sie Ihr Schreiben an die SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Redaktion, Stichwort „Pflegezeit“ Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.*

## „Sehr gut“ bis „mangelhaft“: Zensuren für Pflegeheime

Eine Benotung, wie man sie aus der Schule kennt, wird Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen künftig Auskunft über die Qualität der Pflegeheime in Deutschland geben. Der SoVD befürwortet die Einführung eines Bewertungssystems. „Ein verständliches Bewertungssystem dient der Transparenz zum Wohle der Menschen, die ein Pflegeheim suchen.“, so SoVD-Präsident Adolf Bauer.

Auf die Neuregelung hatten sich der Spitzenverband der Krankenkassen und die Heimträger nach monatelangen Verhandlungen verständigt. Die Bewertung erfolgt auf drei Ebenen: Gesamtergebnis, Qualitätsbereiche und Qualitätskriterien. Die Qualitätsbereiche sind in vier Gruppen eingeteilt: 1. Pflege und medizinische Versorgung (35 Kriterien), 2. Umgang mit demenzkranken und anderen gerontopsychiatrisch veränderten Bewohnern/-innen (10 Kriterien), 3. Soziale Betreuung und Alltagsgestaltung (10 Kriterien), 4. Wohnen, Verpflegung, Hauswirtschaft und Hygiene (9 Kriterien). Daraus wird eine Gesamtnote zwischen „sehr gut“ und „mangelhaft“ gebildet. Darüber hinaus werden die Bewohner/-innen in jedem Heim nach ihren persönlichen Erfahrungen befragt (z. B. „Schmeckt Ihnen das Essen?“, „Entscheiden Sie, ob Ihre Zimmertür offen oder geschlossen ist?“). Der SoVD begrüßt, dass die Ergebnisse im Internet veröffentlicht und in den Heimen gut sichtbar ausgehängt werden müssen.

Jeder zweite geht mit Abschlag in Rente

## Im Schnitt 100 Euro weniger

Mehr als jeder zweite Rentenversicherte geht vorzeitig und mit Abschlägen in den Ruhestand. Mit 55,1 Prozent der Neurentner lag dieser Anteil höher als jemals zuvor. Noch 2006 wurden 49,6 Prozent der Neurentner gekürzt, berichtet die Bild-Zeitung unter Berufung auf offizielle Statistiken der Deutschen Rentenversicherung. Im Schnitt erhielten die Betroffenen danach ihre Renten gut 37 Monate vor dem eigentlichen Rentenalter. Das führte zu Rentenkürzungen von durchschnittlich 100 Euro auf 745 Euro im Monat.

Besonders deutlich fiel der Anstieg der Abschläge vor allem bei den Frauen-Renten aus. Im Westen stieg die Zahl der Neurentnerinnen mit Abschlägen 2007 binnen Jahresfrist von 40,3 auf 49,1 Prozent. Im Osten nahmen sogar 79 Prozent der Neurentnerinnen Abschläge wegen vorzeitigem Rentenbezugs hin. Das waren 4,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Im Schnitt verlieren die Frauen durch die Abschläge in den alten Bundesländern 89 Euro und in Ostdeutschland 103 Euro im Monat. dpa

## Außerordentliche Bundesverbandstagung

Am 10. – und eventuell 11. – Januar 2009 findet in Berlin eine außerordentliche Bundesverbandstagung statt, auf der sozialpolitische Forderungen im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2009 formuliert und Änderungen der Satzungen des Sozialverband Deutschland beschlossen werden sollen. Veranstaltungsort ist das Abacus Tierpark Hotel, Franz-Mett-Str. 3 – 9, in 10319 Berlin. Einladungen mit Tagesordnung werden den Delegierten rechtzeitig zugehen.

### Anzeige

Durchdachte Vorsorge bewahrt Chancen

## Harmonie.



Harmonie ist Ihnen wichtig. Denn Sie streiten sich ungern. Doch auch ohne eigenes Zutun können Sie in einen Rechtsstreit verwickelt werden, egal wie vorsichtig und sorgsam Sie sind. Dann hilft oft nur noch der Weg zum Anwalt – und der kostet Zeit, Geld und Nerven. Sorgen Sie deshalb vor.

Der Spezial-Rechtsschutz der Hamburg-Mannheimer bietet Ihnen als SoVD-Mitglied besonderen Versicherungsschutz zu äußerst günstigen Konditionen:

#### Rechtsschutz

- im Privat- und/oder Verkehrsbereich
- wahlweise mit Immobilien-Rechtsschutz
- und ganz neu: Inklusive anwaltlicher telefonischer Erstberatung in Vorsorgefällen aus versicherten Lebensbereichen – damit Sie stets gut beraten sind!

#### Besondere Leistungserweiterungen:

- Rechtsschutz für Betreuungsverfahren – bei Streitigkeiten um eine Heimunterbringung.
- Beratungs-Rechtsschutz für Vorsorgeverfügungen – damit Sie schon jetzt für den Fall Ihrer Entscheidungsunfähigkeit umfassend Vorsorge treffen können.

Wir informieren Sie gern:

Sozialverband Deutschland e.V.  
Abt. Versicherungen  
Stralauer Str. 63, 10179 Berlin  
Telefon: 030/ 72 62 22-0

[www.ovg.hamburg-mannheimer.de](http://www.ovg.hamburg-mannheimer.de)

Versicherungsträger: Hamburg-Mannheimer Rechtsschutzversicherungs-AG mit der Organisation für Verbandsgruppenversicherungen, 22287 Hamburg

Ein Unternehmen der ERGO Versicherungsgruppe.



Mehrzahl der Leistungsempfänger sind Frauen

## Immer mehr Deutsche sind auf die Grundsicherung angewiesen

Immer mehr bedürftige Menschen in Deutschland bekommen die sogenannte Grundsicherung. Rund 733 000 Männer und Frauen erhielten Ende 2007 diese Sozialleistung – 7,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Diese Zahlen legte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden Ende Oktober vor.

Verglichen mit Ende 2003, als die Zahl der Grundsicherungsempfänger erstmals erhoben wurde, waren es sogar 67 Prozent mehr. Die Ausgaben für diese Leistungen haben sich in dieser Zeit fast verdreifacht: Sie stiegen nach Angaben des Bundesamts auf 3,6 Milliarden Euro. Rein rechnerisch seien 2007 pro Bundesbürger 42 Euro für diese Hilfeart ausgegeben worden.

Insgesamt bezogen Ende vergangenen Jahres 1,1 Prozent der Bevölkerung diese Zahlungen vom Staat. Grundsicherung können Rentner bekommen oder Erwachsene, die dauerhaft nicht voll arbeitsfähig sind. Ausgezahlt wurden im Schnitt netto 385 Euro pro Monat. Mehr als die Hälfte (54 Prozent) der Empfänger war 65 Jahre und älter. In dieser Altersgruppe bezogen 2,4 Prozent

Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts.

Frauen stellten mit rund 414 000 Personen (56 Prozent) die Mehrzahl der Leistungsempfänger. Allerdings stieg im Vergleich zum Jahr 2006 die Zahl der männlichen Hilfebezieher mit einem Plus von 8,5 Prozent stärker als die der Frauen (plus 6,6). Jeder vierte Leistungsempfänger lebte in Pflege- oder Altenheimen.

Nach wie vor wird die Grundsicherung im Westen häufiger in Anspruch genommen als im Osten. Ein Grund dafür sei die höhere Erwerbstätigkeit von Frauen in der ehemaligen DDR, die nun entsprechend mehr Rente bekämen, erläuterte ein Sprecher des Bundesamts. In den alten Bundesländern bekamen 2007 etwa 1,1 Prozent der Einwohner Leistungen zur Grundsicherung,

in den neuen Ländern 0,8 Prozent. Mit je 1,8 Prozent ist der Anteil in den die Stadtstaaten Bremen und Berlin am höchsten, am niedrigsten ist er in Thüringen und Sachsen (je 0,6 Prozent). dpa

**Weigert sich ein Langzeitarbeitsloser bei der Agentur für Arbeit eine Eingliederungsvereinbarung zu unterschreiben, nach der er sich verpflichtet, pro Monat mindestens zehn Bewerbungen zu schreiben, so kann ihm das Arbeitslosengeld II um 30 Prozent gekürzt werden – bei „dauernder Weigerung“ um weitere 30 Prozent, so das Sozialgericht Stuttgart. (AZ: 18 AS 3697/08 ER)**